

# Brief an Fraktionsvorsitzende Rebecca Harms

Internationaler Tierschutzverein Grenzenlos e.V.

den 16.09.2013

Rebecca Harms

Fraktion der GRÜNEN / Freie Europäische Allianz

Parlement européen

Bâtiment Altiero Spinelli

08G202

60, rue Wiertz

1047 Bruxelles    Belgien

Sehr geehrte Frau Harms,

als internationaler Tierschutzverein mit Sitz in Schwarmstedt/Niedersachsen sind wir zutiefst betroffen über das Drama der Straßenhunde in Rumänien – ebenso wie über den Tod des kleinen Jungen, was immer der Grund dafür gewesen ist..

Erst letzte Woche sind wir aus Rumänien zurückgekehrt, wo wir mit unserem Partnerverein FPCC über die Finanzierung neuer Tierschutzprojekte in der Region Bihor gesprochen haben. In den letzten Jahren haben wir erfolgreich mit erheblichen Mitteln Kastrationsprojekte in der Region Bihor und deren Hauptstadt Oradea mitfinanziert.

Wir wenden uns heute mit der Bitte um Unterstützung an Sie als Abgeordnete des Europäischen Parlamentes und Vorsitzende der Fraktion der Grünen im EP. Unserer Auffassung und unseres Informationsstandes nach bedürfen einige Fragen dringender Aufklärung.

Das rumänische Parlament hat letzte Woche die gesetzliche Grundlage für Massentötungen von Hunden in Rumänien verabschiedet. Das Gesetz ist aber nach unseren Informationen noch nicht in Kraft getreten. Ist es dann legal und vor allem mit der Rechtsauffassung der EU vereinbar, wenn schon jetzt von staatlichen bzw. kommunalen Stellen Hunde in großer Zahl brutal ermordet werden? Hier erwarten wir eine Sanktion von Kommission und Parlament der EU gegenüber dem rumänischen Staat.

Sehr intensiv wird im Internet über die bisherige Politik der rumänischen Regierung zur Lösung des Problems der Streunerhunde diskutiert. Nach unseren Informationen sind erhebliche Geldsummen auch seitens der EU ausgegeben worden, um Maßnahmen zur Begrenzung der Zahl der Tiere zu finanzieren. Wie man jetzt sieht, ist offensichtlich nichts damit erreicht worden. Allein in Bukarest sollen in den letzten 7 Jahren 13 Mio. Euro zur Lösung des Streunerproblems verbraucht worden sein. Darunter wohl auch EU-Fördergelder in erheblicher Höhe. Trotzdem gibt es in Bukarest ca. 50 – 60 000 Streunerhunde. Wir bitten Sie in diesem Zusammenhang um Information darüber, wie viel EU-Fördergeld der rumänischen Regierung in den letzten Jahren zur Verfügung gestellt worden ist, um das Streunerproblem zu lösen und wo dieses Geld geblieben ist. Nach allen uns vorliegenden Informationen gehen wir davon aus, dass korrupte Politiker und Verwaltungsbeamte Hand in Hand mit mafiös strukturierten Hundefängerorganisationen das Geld veruntreut haben. Auch hier erwarten wir als „EU-Steuerzahler“ Sanktionen der EU gegen Rumänien.

Mit Genugtuung haben wir zur Kenntnis genommen, dass Senator Marinescu eine Verfassungsbeschwerde gegen das neue Hundetötungsgesetz eingereicht hat. Wir bitten Sie, Senator Marinescu und die anderen rumänischen Parlamentarier, die diese Verfassungsbeschwerde mittragen, von Seiten des Europäischen Parlamentes zu unterstützen. Ebenso bitten wir Sie, mit allen Kräften auf das EU-Parlament und die Europäische Kommission einzuwirken, damit das für einen Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft unwürdige Gemetzel an den Straßenhunden so schnell wie möglich abgestellt wird.

Dass man das Problem im Sinne der Tiere und der Menschen ohne Massentötungen lösen

kann, zeigt das Beispiel von Oradea, wo durch langjährige intensive Kastrationskampagnen und den Bau regionaler kleinerer Tierheime das Streunerhundeproblem nicht mehr besteht. Für Informationen darüber stehen wir gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Helga Körnig

Eckhard Reis

---

Video

<http://www.youtube.com/watch?v=klzNwADyaa4&list=PL8C0EBC3D17A219BC>